

zeitweise Vertretung in der Pairs-Kammer nominierte. Die flammende Rede, die Karl Liebknecht am 8. Mai 1866 in Leipzig gut ein halbes Jahrzehnt vor seiner Geburt gehalten haben soll (S. 483 Anm. 53), ist seinem Vater Wilhelm Liebknecht zuzuschreiben.

Taucha

Wolfgang Schröder

JONAS FLÖTER, Beust und die Reform des Deutschen Bundes 1850–1866. Sächsisch-mittelstaatliche Koalitionspolitik im Kontext der deutschen Frage (Geschichte und Politik in Sachsen, Bd. 16), Böhlau Verlag, Köln/Weimar/Wien 2001. – 565 S., 1 Abb. (ISBN: 3-412-08901-X, Preis: 61,00 €).

Im Mittelpunkt der Untersuchungen von Jonas Flöter stehen die Aktivitäten des sächsischen Außenministers Friedrich Ferdinand Freiherr von Beust (1809–1886) in Verbindung mit Entwicklung, Verfassung, Politik, Diplomatie und Reformbestrebungen in den deutschen Bundesstaaten zwischen der Revolution von 1848/49 und dem deutschen (Bundes-)Krieg von 1866. In dieser Periode, die zu Beginn noch stark durch die Verfolgung von Aufständischen und Demokraten sowie die Restaurierung vorrevolutionärer Staatsverhältnisse geprägt war, versuchte Sachsen in Abstimmung mit anderen deutschen Mittelstaaten wie Bayern, Württemberg, Hannover, Baden und Hessen-Darmstadt den Deutschen Bund zu reorganisieren. Maßgeblichen Anteil an diesen Reformbestrebungen hatte Beust, der seit 1831 als Diplomat in sächsischen Staatsdiensten stand, hier 1849 Außenminister wurde (bis 1853 gleichzeitig Kultusminister) und seit 1852 in Personalunion auch das sächsische Innenministerium leitete. Beust betrieb in den 50er Jahren des 19. Jahrhunderts eine ausgesprochen konservative Innenpolitik im Interesse einer Stabilisierung der bestehenden staatsrechtlichen und politischen Verhältnisse, förderte aber ebenso den Aufschwung der sächsischen Wirtschaft nach Kräften. Mit besonderem Eifer trieb er Ideen und Konzepte für eine föderale Weiterentwicklung des Deutschen Bundes voran und fand dabei die uneingeschränkte Unterstützung bei seinem König (ab 1854 Johann), der ihm 1858 auch die Leitung des Gesamtministeriums übertrug. Sachsen fungierte unter den deutschen Mittelstaaten nicht selten als Motor und Initiator, wobei es auch die Auseinandersetzung mit den beiden Großmächten Preußen und Österreich nicht scheute. Vor allem mit den preußischen Interessen kollidierten Beusts Initiativen und diplomatischen Aktivitäten, woraus sich eine intime Feindschaft mit Bismarck entwickelte. Diese Reformbestrebungen von Beust und anderen Vertretern deutscher Mittelstaaten in leitender Regierungsfunktion ging als Trias-Politik in die deutsche Geschichte ein. Letztlich scheiterte der Versuch, mit einer Reorganisation des Deutschen Bundes zu einem föderalen Staatenbund den Mittelstaaten als dritte Kraft neben Österreich und Preußen mehr Einfluss auf die politische Entwicklung zu verschaffen. Die Gründe dafür lagen zum Teil in der oft halbherzigen österreichischen Bundespolitik, der rücksichtslosen Durchsetzung der kleindeutschen Einigungsbestrebungen Bismarcks mit „Blut und Eisen“ und den unterschiedlichen, von Partikularinteressen bestimmten Vorstellungen der deutschen Mittelstaaten, die sich nicht auf ein gemeinsames Reformprogramm einigen konnten.

Den Reformbestrebungen Beusts widmet sich der größte Teil der umfangreichen Publikation von Jonas Flöter. Nach einleitenden Bemerkungen zu Problemstellung, Forschungsstand und Quellenlage bieten neun, nach chronologischem Prinzip aufeinander folgende Hauptkapitel tiefe Einblicke in wichtige Bereiche der Politik der deutschen Staaten in dieser Zeit.

Einen ersten Untersuchungsschwerpunkt bildet die Dresdner Konferenz von 1850/51, auf der die Regierungen aller deutschen Staaten über eine grundlegende Reform be-

stehender und die Errichtung neuer Bundeseinrichtungen wie einer Volksvertretung und eines Bundesgerichts berieten. Sachsen hatte sich bereits im Vorfeld für die Schaffung dieser Institutionen ausgesprochen. Schon hier zeigte sich, dass die Eigeninteressen der beiden Großmächte und einzelner Mittelstaaten, insbesondere Bayerns, für das die Wahrung seiner Souveränitätsrechte stets Priorität hatte, stärker waren als die nach Modernisierung und Stabilisierung der Bundesorgane strebenden Kräfte. Wenn sich die deutschen Fürsten in Dresden auch nicht über eine Reform des Deutschen Bundes verständigen konnten, bildeten die hier 1850/51 erarbeiteten Materialien und Konzepte doch die Grundlage für die weitere Reformdiskussion bis 1866. Diese Entwicklung und Beusts Aktivitäten zur Gewinnung der deutschen Mittelstaaten für eine gemeinsame Bundesreformpolitik stehen im Mittelpunkt der folgenden Kapitel der Publikation. Dabei zeichnet Jonas Flöter ein umfassendes Bild der sächsischen Außenpolitik und Diplomatie nach der Dresdner Konferenz und bezieht Reaktionen und Auswirkungen europäischer Konflikte wie den Krimkrieg und die italienische Krise (1859) ebenso in seine Betrachtungen ein wie die schleswig-holsteinische Frage und die vielfältigen Reforminitiativen um den Frankfurter Fürstentag von 1863. Besonders intensiv und ausführlich widmet sich der Autor den Reformplänen, diplomatischen Schritten, persönlichen Kontakten und bilateralen Verhandlungen, den Ministerkonferenzen und Denkschriften, die oft von Beust ausgingen, entwickelt, veranlasst oder verfasst wurden und stellt diese Initiativen in den Kontext der politischen Lage und der Reaktionen anderer deutscher Staaten.

Flöter hat gründlich recherchiert und über die einschlägige Fachliteratur sowie zeitgenössische gedruckte Quellen wie Memoiren, Zeitungen und Zeitschriften hinaus wichtige Archivbestände vor allem in den Hauptstaatsarchiven Dresden, Hannover, München, Stuttgart und Weimar sowie in den Staatsarchiven Wien, Preußischer Kulturbesitz Berlin-Dahlem und Darmstadt ausgewertet. Nicht zuletzt an Hand mancher noch nicht zu diesem Thema befragter Archivalien gelingt es dem Autor, eine außerordentlich quellennahe Publikation vorzulegen und neue Fakten und Zusammenhänge herauszuarbeiten. So entstand eine überzeugende Darstellung des über viele Jahre durchaus nicht hoffnungslosen Ringens um eine Allianz der mittleren und kleineren deutschen Staaten als ernst zu nehmende dritte Kraft für die notwendig erscheinende und friedenserhaltende Balance zwischen den beiden Großmächten im Deutschen Bund. Dabei lag es auf der Hand, dass insbesondere Bismarck, der seine Pläne durch die zeitweise Erfolg versprechenden Initiativen von Beust gestört sah, dessen entschiedener Gegner wurde. In der Tat hatte Bismarck wiederholt gegenüber Vertrauten geäußert, dass Beust gestürzt werden müsse. Die bis heute nach wie vor auch in neuerer Literatur zu findende Behauptung, Bismarck habe bei den Verhandlungen zum Vorfrieden von Nikolsburg im Juli 1866 die Friedensbedingungen von der Entlassung Beusts abhängig gemacht, verweist Flöter aber ebenso überzeugend ins Reich der Legenden wie er Beusts Wirken und Leistungen generell zu einer gerechteren Einschätzung verhilft.

Dass es Beust und anderen Befürwortern einer Reformierung des Deutschen Bundes letztlich nicht gelang, sich auf eine gemeinsame politische Linie zu einigen und sich gegen den „Dämon Bismarck“ und dessen kleindeutsche Lösung einer deutschen Einigung unter Führung Preußens und Ausschaltung Österreichs durchzusetzen, war die eigentliche Tragik dieser Kräfte, die vor allem mit der Person von Friedrich Ferdinand von Beust in Verbindung gebracht wurden. Nicht frei von Fehleinschätzungen und persönlichen Eitelkeiten, war sein politisches Wirken auch nach 1866 als führender Staatsmann in österreichischen Diensten in der deutschen Geschichtsschreibung bis zum ausgehenden 20. Jahrhundert überwiegend negativ besetzt. Diese überholte Auffassung mit Hilfe authentischer Quellen grundlegend zu korrigieren, ist sicher eines der wichtigsten Ergebnisse der Studie von Jonas Flöter.

Das vorliegende Buch ist durchweg flüssig geschrieben und auch für den interessierten Nicht-Historiker gut lesbar. Es bietet eine Fülle neuer Erkenntnisse und Hintergründe zu einer spannungsreichen und für die kommenden Jahrzehnte entscheidenden, Weichen stellenden Periode deutscher Geschichte. Zwei Anlagen mit statistischen Angaben über die Staaten des Deutschen Bundes (im Vergleich 1815 und 1864) und über die Ergebnisse der im November 1859 in Würzburg abgehaltenen Ministerkonferenz sowie ein kombiniertes Personen-, Sach- und geografisches Register runden die Publikation ab und erleichtern den Zugriff auf gesuchte Sachverhalte.

Mit seinem hohen Informationsgehalt und neuen Sichten auf die Beziehungen zwischen den Staaten des Deutschen Bundes stellt die vorliegende Publikation nicht nur eine wertvolle Bereicherung der jüngeren Fachliteratur zur sächsischen Landesgeschichte dar, sondern dürfte auch für die Geschichte anderer Territorien, insbesondere der süd-deutschen Länder, von großem Interesse sein.

Leipzig

Gerald Kolditz

MIRKO BUSCHMANN, Zwischen Bündnis und Integration. Sachsens militärpolitischer Eintritt in den Norddeutschen Bund 1866/67 (Dresdner Historische Studien, Bd. 5), Böhlau-Verlag, Köln/Weimar/Wien 2004. – 224 S. (ISBN: 3-412-14403-7, Preis: 34,90 €).

In seiner 2003 als Dissertation an der TU Dresden angenommenen Arbeit (Betreuer: Reiner Pommerin) zeichnet der Vf. den Weg der erzwungenen militärischen Integration Sachsens in den Norddeutschen Bund nach. Diese Arbeit schließt eine wesentliche Lücke sowohl in der sächsischen Landesgeschichtsschreibung als auch in der Forschung zur deutschen Reichseinigung. Die nach dem Deutschen Krieg von 1866 aufgeworfene Frage nach der weiteren Existenz des Königreichs Sachsen in seinem territorialen Umfang und die daraus folgende Notwendigkeit einer Integration in den Norddeutschen Bund führten zu einer in Bezug auf die Reichseinigung von 1871 beispielhaften Verfahrensweise.

Nachdem in den Friedensverhandlungen Frankreich und Österreich zugunsten Sachsens aktiv geworden waren, konnten zwar der territoriale Bestand und das Weiterbestehen der Dynastie gewahrt werden, die Frage nach dem Grad der Souveränität blieb aber vorerst offen. Als Indikator hierfür galt die zukünftige Stellung der sächsischen Armee, deren Status beim Friedensschluss noch offen gelassen wurde. Dies bot Sachsen die Chance, für das eigene Heer eine Sonderrolle auszuhandeln – im Gegensatz zum Schicksal der übrigen norddeutschen Staaten – deren Kontingente in der preußischen Armee aufgingen. An der Frage, welche Verfassung die sächsische Armee zukünftig im Rahmen des Bündnisses haben sollte, manifestierte sich zugleich die Stellung der Dynastie, welche sich besonders durch die Verfügungsgewalt über eigene Streitkräfte als souverän präsentieren konnte. Der Symbolgehalt einer weiterhin bestehenden sächsischen Armee war von derart großer Bedeutung, dass diesem Punkt bei den Verhandlungen mit Preußen zentrale Bedeutung beigemessen wurde. Aus der Situation der Niederlage heraus veränderte Sachsen seine Strategie gegenüber Preußen von der Konfrontation zur Kooperation. Buschmann stellt besonders den Elitenaustausch innerhalb der sächsischen Regierung als hierfür kennzeichnend dar, bei dem neben Beust auch Kriegsminister Rabenhorst entlassen und durch Friesen sowie Fabrice ersetzt wurde. Bis zum Abschluss der Militärkonvention wurde die Reorganisation der sächsischen Armee nach preußischem Vorbild von Fabrice schnellstmöglich vorangetrieben um den diesbezüglichen Bestimmungen des Friedensvertrages zu entsprechen und die vollendete